

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 148
Bezirksanzeiger

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezüge-
nehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Motte's Zeilenmaß 14
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf., Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Dauerschrift und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemdorf, Mittelbad, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Fischer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 107

Freitag, den 9. Mai 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, wurden auf der Bahnstation
Schajugun in der Nähe von Worumst 16 Personen, darunter acht
Frauen und vier Kinder, ermordet aufgefunden. Die Mörder sind
entkommen.

Ein großer Hafenbrand in New Jersey (Amerika) hat nach Schätzungen
bisher schon einen Sachschaden von 5 Millionen Dollar verursacht.
Die an die Brandstelle angrenzenden Wohnhäuser sind geräumt
worden. 300 Familien sind auf diese Weise obdachlos geworden.

Was sagt man zum Osthilfe-Programm?

Das Reichskabinett hat die Entscheidung über das Ost-
hilfe-Programm, über das es sich nach einer amtlichen Ver-
lautbarung bereits grundsätzlich geeinigt hat, auf den Mitt-
woch nächster Woche vertagt. Es hat bereits beschlossen, daß
die sogenannte Federführung beim Osthilfe-Programm
dem Reichsinnenminister Dr. Brüning zuerkannt wird. Es
ist selbstverständlich, daß sich die deutsche Presse in größerem
Umfange mit dem neuen Osthilfegesetz beschäftigt.

So schreibt die dem Landbund nahestehende „Deutsche
Tageszeitung“: „Wir haben bereits kürzlich dargelegt,
daß die Federführung durch das Reichsministerium des
Innern keine Prestigefrage, sondern nur eine durch die Ge-
schäftsordnung des Reichskabinetts seit langem entschiedene
Frage der Kleiderordnung ist. Aus der Mitteilung der amt-
lichen Verlautbarung, daß die endgültigen Gesetzentwürfe
von den beteiligten Ressorts im Reichskabinett vorzulegen
sind, geht bereits hervor, daß auch die praktische Durch-
führung in den Händen der einzelnen Ressorts liegen wird.
Es wird also die Durchführung der Verträge dem
Reichsverkehrsministerium, der Finanzfragen dem Reichs-
finanzministerium obliegen. Die verantwortliche Durch-
führung der gesamten wirtschaftlichen Fragen, die ja die
Hauptmasse dieser ganzen Ostfragen ausmachen, wird prak-
tisch genau so in den Händen des Reichsernährungs-
ministeriums liegen, als ob es selber dafür federführend
wäre... Ein endgültiges Urteil über das Ostprogramm
müssen wir uns vorbehalten, bis das fertige Gesetz sicheren
Boden für die kritische Würdigung gibt... Allerdings wird
jede Osthilfe auf die Dauer unwirksam bleiben, wenn nicht
die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität
ihrer unmittelbaren Auswirkung zu Hilfe kommt.“

Ferner schreibt das demokratische „Berliner Tage-
blatt“: „In der Festlegung eines Programms auf einen
längeren Zeitraum — fünf Jahre — hat man unbestreitbar
einen Erfolg des Ministers Schiele zu erblicken. Durch das
„Rahmengesetz“ erhält das Kabinett eine Art grundsätzlicher
Ermächtigung auf lange Sicht, wenn auch die etwa nötigen
Etatbewilligungen Jahr für Jahr vom Kabinett angefordert
und vom Reichstag bewilligt werden müssen (oder verweigert
werden können)... Um so mehr muß gefordert werden,
daß der Reichstag über die Art der Verteilung der Mittel
und der Subventionierung der Betriebe eingehende Auf-
klärung verlangt. Es würde keine Entschuldigung für ein
Parlament geben, das ein System der künstlichen Neu-
belebung des ostelbischen Großbetriebes aus allgemeinen
Steuermitteln ohne Kampf genehmigen würde.“ — Der
sozialdemokratische „Vorwärts“ nun erklärt: „Es ist be-
kannt, daß nach wie vor sehr erhebliche Meinungsverschieden-
heiten zwischen Reichsinnenministerium, Reichsfinanzmini-
sterium und Reichsernährungsministerium bestehen. Jedes
Ressort hat ein Ostprogramm für sich ausgearbeitet — die
Rügel schleifen in dieser Regierung der Führung wieder ein-
mal am Boden... Ungelöst ist bisher die Frage, wie weit
überhaupt der Osten geht. Ungelöst sind auch noch die
finanziellen Fragen... Wahrscheinlich wird aus den Ver-
ratungen nur ein Teilprogramm herauskommen, das man
jetzt, beschönigend, als Sofortprogramm bezeichnet. Die Ost-
aktion hätte wirklich dem Osten Deutschlands Hilfe bringen
können, wenn sie die landwirtschaftliche Rationalisierung end-
lich in Fluß gebracht hätte. Das Kabinett Brüning-Schiele
verpaßt aber wieder einmal eine Chance. Es verplempert
Geld und verschärft die Krise.“

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bemerkt:
„Von einer Verbindung des Ostprogramms mit dem deutsch-
polnischen Handelsabkommen ist im Kabinett überhaupt nicht
gesprochen worden. Da die Landwirtschaft nach wie vor ge-
schlossen den polnischen Vertrag ablehnt, kann auch eine Ver-
bindung von Polenvertrag und Ostprogramm praktisch nicht
in Betracht kommen.“ — Der „Berliner Lokal-An-
zeiger“ schreibt: „Daß es in einem Kabinett, dem Männer
wie Dietrich, Curtius, Stegerwald und Dr. Joseph Brüning an-
gehören, nicht leicht sein würde, irgend etwas für den deut-

Panzer-Schiff B im Reichstags-Ausschuß abgelehnt

Zur Fraktionsführerbekämpfung

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die erste
Baurate für das Panzerschiff B abgelehnt. Gegen die Bau-
rate stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten, die
Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordnete. Die Bayerische
Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter enthielten sich
der Stimme. Für die erste Rate stimmten die übrigen
Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter.

Panzerkreuzer-Erklärung der Reichsregierung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ging
am Donnerstag zur Beratung des Marineetats über. Der Be-
richterstatter, der Abg. Stöckel (Soz.), erklärte, daß aus der
Liste der Kriegsschiffe ein Linienerschiff, zehn Kreuzer und drei
Torpedoboote gestrichen werden müßten. Er wandte sich dann
in der Frage des Panzerschiffs B gegen den Neubau, und zwar,
wie er sagte, mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Reiches.
Abg. Stöckel nannte die Art, wie der Antrag auf Einhebung
der Rate zustande gekommen sei, befremdend. Nach dem Antrag
Ostpreußens im Reichsrat seien die Vertreter der Reichsregie-
rung verpflichtet gewesen, den Etat zu verteidigen. Aber die
Herren der Marine hätten erklärt: „Bitte, wenn Sie uns ver-
gewaltigen wollen, wir stehen zur Verfügung.“ Auffällig sei die
Erklärung, daß die drei Millionen Mark für die erste Rate aus
anderen Etatsmitteln eingepart werden könnten.

Reichswehrminister Groener

gab darauf im Einvernehmen mit dem Reichs-
kanzler eine längere Erklärung zur Frage des Panzerschiffs B
ab, in der er zunächst auf die Notwendigkeit des Ersatzes unseres
gänzlich veralteten Schiffsmaterials hinwies. Im vorigen
Kabinett habe er in Anbetracht der angespannten Haushaltslage
auf die Einhebung der ersten Rate für das Panzerschiff B ver-
zichtet, nachdem das Kabinett einstimmig — unter Zustimmung
der vier sozialdemokratischen Minister — eine besondere Ent-
schließung gefaßt hatte, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbau-
erhaltungsplan, der auch den Ersatz der Linienerschiffe enthalten sollte,
vorgelegt würde. So sei es selbstverständlich gewesen, daß er
dem Antrag Ostpreußens im Reichsrat sympathisch gegenüber-
gestanden habe. Die Reichsregierung habe allerdings schon in
der Reichsratsitzung durch Dr. Moldenhauer erklären lassen, daß
sie keine Beeinflussung ausüben wolle. Sie hätte auch keinen
Anlaß gehabt, dem Reichstag eine Doppelvorlage vorzulegen, da
eine Mehrausgabe nicht vorgezogen war. Es handele sich nur
um den Zeitpunkt des Baubeginns, darüber möge das Hohe Haus
die Entscheidung treffen. Reichswehrminister Groener betonte,
er nehme an, daß der Reichstag an seiner früher gefaßten Ent-
schließung festhalte, die die Vorlage eines langfristigen Planes
für Ersatzbauten vorsehe. Die Reichsregierung werde ihrerseits
den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage auf-
rechterhalten.

Die Aussprache gestaltete sich überaus lebhaft. Abg. Erising
(Ztr.) verlangte einen Abbau der Beamten und Angestellten.
Als sich Abg. Kuhnt (Soz.) scharf gegen die Rate für das
Panzerschiff B aussprach, erklärte Abg. François (Wirtsch.-
Partei), daß man sich selbst den schlechtesten Dienst erweise, wenn
man die knappen Möglichkeiten, die der Versailleser Vertrag biete,
nicht ausschöpfen wolle. Unter Hinweis darauf, daß unsere
Flotte veraltet sei, betonte der Redner, daß das Panzerschiff B
nicht zum Spielball innerpolitischer Parteikämpfe werden dürfe.
Dem Sprecher der Wirtschaftspartei schloß sich Abg. Brüning-
haus (D. Vp.) an. Er wies die Sozialdemokraten darauf hin,
daß das frühere Kabinett mit Einschluß der vier sozialdemo-
kratischen Minister entschlossen war, die Serie der Panzerschiffe unter
allen Umständen zu bauen. Der springende Punkt sei der, wo die
Kosten für die erste Rate gespart werden sollten. Die Vor-
stellung, daß der Etat der Marine jedes Jahr mehr anschwellen
nannte Abg. Brüninghaus eine agitatorische Mache.

Abg. Stöckel (Komm.) warf den Sozialdemokraten vor, daß
sie im vorigen Kabinett prinzipiell für den Bau des Panzer-
schiffes B, und nur für einen späteren Zeitpunkt gestimmt hätten,
daß sie sich jetzt aber auf der ganzen Linie zurückzögen. — Für
die Deutschnationalen führte Graf Westarp u. a. aus: „Wir
befürworten dringend die Bewilligung der Panzerkreuzerrate.
Europa steht in Waffen. Die Abrüstung ist leere Phrase. Wenn
eine Sicherheit bedroht ist, so ist es die von Deutschland im Osten
und im Westen. Trotzdem bleibt unsere Flotte weit hinter der
Grenze des Versailleser Vertrages zurück. Wer kann die Verant-
wortung dafür übernehmen, solchen überalterten Schiffen unsere
Mannschaft anzuvertrauen? Ganz besonderen Wert legen wir
auf den Schutz der Ostküste. Bei der Haltung Polens darf man

die Augen nicht vor der Möglichkeit verschließen, daß eines Tages
nur noch der Seeweg nach Ostpreußen offen bleibt und geschützt
werden muß. Graf Westarp betonte gegenüber der Regierung:
„Die Haltung, die die Regierung dem Panzerkreuzer B gegen-
über einnimmt, wird für uns von weittragender Bedeutung sein!“
Abg. Bernhard (Dem.) äußerte sich, daß die Demokraten
die Rate für den Panzerkreuzer B in diesem Etat ablehnen
würden. Er begründete das folgendermaßen: „Nicht alles, was
uns der Versailleser Vertrag gestatte, sei für uns nützlich. So sei
das Verhältnis zwischen Infanterie und Kavallerie ein durchaus
ungefundes. Genau so könne es sein, daß uns der Versailleser
Vertrag den Bau eines Panzerschiffes erlaube, bei dem die großen
Kosten unnötig vertan würden. Abg. von Lindener-Wil-
dau (Volkstonservativ) stellte fest, daß in der grundsätzlichen
Frage der Erneuerung des Kriegsschiffmaterials zwischen dem
Kabinett Müller und dem Kabinett Brüning ein Unterschied in
der Willensmeinung nicht bestehe. Die Flotte diene nicht der
Spielerei, sondern werde für den Ernstfall geschaffen.“

In einer Antwortrede ging Reichswehrminister Groener

darauf auf verschiedene an ihn gerichtete Fragen ein und er-
klärte vor allem hinsichtlich des Panzerkreuzers B, daß wir uns
davon freimachen müßten, auf die psychologische Wirkung im
Ausland Rücksicht zu nehmen. Gegen die kommunistischen In-
fektionsversuche werde er in rücksichtsloser Weise vorgehen.
Deutschland brauche neue moderne Schiffe. Die Ein-
stellung der Sozialdemokraten sei unverständlich. Gerade sie
müßten das größte Interesse an einer stetigen Beschäftigung der
Werftarbeiter haben. Zum Schluß teilte der Minister mit, daß
ein Flottenbauprogramm im Ministerium fertig vorliege, daß es
das Kabinett aber noch nicht beschäftigt habe. Aus den Wehr-
fragen müßten wir eine nationale Frage machen!

Dann kam man zu den Abstimmungen. Unter Ablehnung
aller sozialdemokratischen und kommunistischen Streichungsan-
träge wurden die Etatpositionen der fortdauernden Ausgaben
des Marineetats genehmigt. — Bei den einmaligen Ausgaben
wurde der Vortrag von 2,9 Millionen Mark für die erste Bau-
rate des Panzerschiffs B abgelehnt.

Ein Zentrumsantrag, die Summe von 2,9 Millionen Mark
nunmehr wieder bei den übrigen Kreuzerbauten einzustellen,
wurde abgelehnt, da die Demokraten mit den Sozialdemokraten
stimmten. Die übrigen Positionen des Marineetats wurden ge-
nehmigt.

Zur Fraktionsführer-Besprechung

Berlin, 9. Mai Zu der Besprechung der Fraktions-
führer der Regierungsparteien meldet die Vossische Zeitung
ergänzend, daß die Aussprache nur 1 1/2 Stunde in Anspruch
genommen habe. Der Zweck der Zusammenkunft sei gerade
auch mit Rücksicht auf die neuen in das Kabinett eingetrete-
nen Parteien gewesen, eine Verständigung darüber zu erzielen,
daß nicht einzelne Regierungsparteien mit Streichungs-
anträgen überraschend hervortraten und dadurch die Einheits-
lichkeit des Kabinetts gefährdeten. Es sei zwar allgemein
zum Ausdruck gekommen, daß die Einbringung gemeinsamer
Anträge der Regierungsparteien vermieden werden solle, weil
ja keine feste Regierungskoalition bestehe. Aber soweit ein-
zelne Parteien Ersparniswünsche hätten, müßten sie sich nach
den heutigen Vereinbarungen vorher mit dem Kabinett und
den anderen Regierungsparteien in Verbindung setzen, ehe
sie an das Plenum gehen. Ueber bestimmte Ersparnisse und
Abstriche und überhaupt über Einzelfragen sei nicht gespro-
chen worden. Man rechne nicht mit wesentlichen Veränderun-
gen des Haushaltsplanes und zwar umsoweniger, als die
ganze Beratung mit möglichster Beschleunigung durchgeführt
werden solle.

Die deutsche Delegation für Genf.

Außenminister Curtius übernimmt die Führung.
Die deutsche Delegation für die Verhandlungen des
Völkerbundes wird am Sonnabend abend Berlin verlassen.
Die Delegation steht unter Führung des Außenministers Dr.
Curtius. Staatssekretär von Schubert fährt nicht
mehr mit nach Genf. Es sind weiter Ministerialdirektor
Gaus, Ministerialdirektor Freitag, Geheimrat von
Weizsäcker und für die Presse-Abteilung der Reichsregie-
rung Geheimrat von Kauffmann und Regierungsrat
Stephan an der Delegation beteiligt.

